



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 2. Dezember bis 9. Dezember)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 2. Dezember bis 9. Dezember)

Präludien

Marksteine — Erneuerung des Dreibundvertrages — Der Dreibund als Friedensgarantie — Die Haltung Rußlands. — Rückwirkung auf Deutschland — Absage des Zentrums — Die Folgen — Petroleum-Monopol — Versagen antlicher Aufklärung

Die Tagesdaten der abgelaufenen Woche haben schon heute die Bedeutung von Marksteinen für die Geschichte des deutschen Volkes sowohl wie für die Weltgeschichte: der Waffenstillstand zwischen Türken und Balkanstaaten, die Gründung des neuen Staatswesens Albanien, der erneute Ausbruch der griechisch-slawischen Gegensätze, die Verlängerung des Dreibundvertrages, die erneute Kampfansage des Zentrums an die Reichsregierung und schließlich die Versuche der Fraktionen (Sozialdemokraten, Liberalen und Freikonservativen!) dem Parlamentarismus im Reichstage sowohl wie im preußischen Landtage Eingang zu verschaffen — das alles sind Ereignisse und Geschehnisse, von denen jedes einzelne für sich den Ausgangspunkt zu neuen Entwicklungen und zu neuen Problemen und somit auch zu neuen Kämpfen bildet. Welch neue Fülle von Kombinationen und Möglichkeiten schließen sie nun ein, da sie fast gleichzeitig auf uns einstürmen!

Für uns Deutsche ist aus allem das wichtigste die Erneuerung des Dreibundvertrages. Denn damit ist die bewährte Grundlage unserer auswärtigen Politik unverändert fest geblieben; neue Orientierungen und die damit verbundenen Treibereien und Schiebungen erübrigen sich; das Reichsschiff darf den seit dreißig Jahren bewährten Kurs weiter steuern. So bedeutet die Erneuerung des Dreibundvertrages für uns Reichsdeutsche eine gewisse Garantie im Hinblick auf die Stetigkeit unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Jede Erneuerung dieses Vertrages ist aber nicht nur ein neuer Beweis für die Sicherheit unserer eigenen Stellung im Wettkampf der Völker; sie ist auch der beste Nachweis dafür, was er auch den anderen Bundesgenossen bisher gewesen ist und was diese in Zukunft von ihm erhoffen, und dies um so mehr, als der Vertrag im alten Wortlaut erneuert wurde. Sie ist schließlich auch der glänzendste Beweis dafür,

daß die gemeinsamen Interessen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens nach wie vor so groß und vielseitig geblieben sind, daß selbst die verlockendsten Anerbietungen aus dem englischen oder französischen Lager es nicht vermochten, ein Äquivalent zu bieten. Und auf dieser tief wurzelnden Gemeinsamkeit der Interessen der Dreibundmächte beruht die Stärke des Bundes.

Den Dreibund im gegenwärtigen Augenblick als eine absolute Friedensgarantie hinstellen zu wollen, entspräche indessen nicht den Tatsachen. Gewiß flößt er den Gegnern Respekt ein wie bisher, gewiß wird er auch in diesem Augenblick den kriegslustigen Chauvinisten oder Panflawisten ein Argument mehr für die Bewahrung des Friedens bedeuten, aber eine Garantie für den Frieden ist er wie gesagt nicht: die Fragen, die gegenwärtig ein so bedrohliches Gesicht angenommen haben, sind einstweilen keine Dreibundangelegenheiten, sondern ausschließlich Österreich-Ungarische. Daran ist durch keine noch so feine Beweisführung zu rütteln. Aber das ist ja bekannt und bedarf keiner Begründung mehr. Wie weit die Habsburgische Doppelmonarchie den Serben gegenüber zu gehen gedenkt, muß der österreichisch-ungarischen Diplomatie schon selbst überlassen bleiben.

Rußlands Haltung im serbisch-österreichisch-ungarischen Konflikt verdient nach wie vor kein Vertrauen, wenn auch nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, wie die amtlichen Kreise in Petersburg und vor allen Dingen der Zar selbst denken. Das Verhalten des amtlichen russischen Vertreters in Belgrad, des Herrn Hartwig, erscheint zum mindesten eigenartig: es widerspricht durchaus den loyalen Versicherungen, die Herr Sasonow an allen Orten abgegeben hat. Bewahrheiten sich die Nachrichten vom letzten Sonnabend, wonach Hartwig der serbischen Presse mitgeteilt haben soll, Rußland werde für den Erwerb eines Adriaufens durch die Serben eintreten, dann müßte Rußland bereit sein, Österreich-Ungarns Forderungen mit den Waffen in der Hand zu begegnen. Denn das ist ja gerade der wichtigste Punkt des österreichischen Widerstands gegen Serbien, daß Serbien wenigstens politisch nicht an die Adria gelangen soll, aus Gründen, die im Heft 48 S. 437 näher auseinandergesetzt wurden. Vielleicht übt die vorbehaltlose Erneuerung des Dreibundes auch auf Rußland einen wohlthuenden Einfluß aus; vielleicht kann aber die russische Regierung schon aus inneren Gründen nicht mehr zurück. Wie dem auch sei, man wird Rußlands Haltung in der Adriafrage solange mit intensivem Mißtrauen begegnen müssen, wie es fortfährt sein Heer auf den Kriegsfuß zu stellen. Gegenwärtig befinden sich im russischen Heere rund 400 000 Mann über den Friedensetat hinaus unter Gewehr. Das sind Mannschaften, die im Laufe des Sommers und Herbstes dieses Jahres zu Übungen eingezogen waren und bisher nicht entlassen wurden. Inzwischen reift aber auch der Rekrutenjahrgang 1912 heran und steigert mit jedem Tage die Kriegsbereitschaft unseres sarmatischen Nachbarn; die russischen Rekruten gelten am 1./14. Januar als ausgebildet. Entläßt Rußland nach diesem Termin seine älteren Jahrgänge noch

immer nicht, dann hätte es also im Januar seine Armee annähernd auf Kriegsstärke und könnte sowohl auf die österreichisch-serbischen, wie auf die Friedensverhandlungen der Türkei einen geradezu unerträglichen und Österreich-Ungarn herabsetzenden Druck ausüben. Ich kann mir nicht recht vorstellen, wie unter solchen Verhältnissen mit einer friedlichen Lösung der akuten Balkanprobleme ohne weiteres gerechnet werden darf, und somit vermag ich trotz des größten Vertrauens in die Tüchtigkeit unserer Diplomaten und die Friedensliebe Österreich-Ungarns den Optimismus nicht zu teilen, der vielfach auch von seiten der Banken genährt wird.

In der inneren Politik bildet die Absage der Zentrumsfraktion des Reichstages an den Reichskanzler die Sensation der Woche und zugleich ein Ereignis von größter Tragweite. In der Sache selbst handelt es sich kurz um folgendes: Der Bundesrat hat es abgelehnt, den Paragraph 2 des sogenannten Jesuitengesetzes aufzuheben und auch den Bundesstaaten zu gestatten, das Gesetz durch den Jesuiten einzuräumende Erleichterungen zu durchlöchern. Dafür nun macht das Zentrum den Herrn Reichskanzler ganz persönlich verantwortlich, kündigt ihm sein Vertrauen und will sein „Verhalten dementsprechend einrichten“.

Der Herr Reichskanzler hat in einer eindrucksvollen Rede die Annahmen der Zentrumsparlei zurückgewiesen und diese vor allen Dingen davor gewarnt, die Haltung des Bundesrats als Wiedereröffnung des Kulturkampfes hinzustellen. Und doch will es den Anschein haben, als beabsichtigten die Ultramontanen der katholischen Bevölkerung so etwas wie Kulturkampfstimung vorzugaukeln, um ihre Macht unter den deutschen Katholiken, die hier und da zu wanken scheint, neu zu befestigen. Die Tatsache der Kampfansage an sich ist geeignet, Klärung zu wirken und Herrn von Bethmann Hollweg von Illusionen bezüglich der Zentrumsparlei zu befreien. Das Zentrum hat wieder einmal die Maske gelüftet und dargetan, daß ihm ultramontane, also internationale und weltbürgerliche Interessen mehr am Herzen liegen als nationale, und alle die Tinte und Mühe, die in den letzten Jahren verschwendet wurde, um die Frage „ist das Zentrum national?“ in positivem Sinne zu beantworten, scheint umsonst vertan. Die Zentrumsparlei ist nicht national und wird es solange nicht werden, solange sie von Rom aus, von italienischen Prälaten und Mönchen angeleitet wird. Und gerade die Abhängigkeit von Rom auch in politischen Fragen, die mit der Religion herzlich wenig zu tun haben, wie etwa die Jesuitenfrage, die im Widerspruch zu den Wünschen von drei Vierteln der deutschen Bevölkerung durchgesetzt werden sollte, wird durch das letzte Vorgehen des Zentrums gekennzeichnet. Nach den Urteilen, die römische Päpste selbst über den Volkscharakter der Jesuiten gefällt haben, und die ich in Heft 16 von 1912 S. 109 nachzulesen bitte, würden wir durch die Zu'assung des Jesuitenordens vieles aufs Spiel setzen, was uns teuer ist. Es mag zutreffen, daß die Bedeutung des Ordens heute eine andere ist als noch vor vierzig Jahren. Aber darauf kommt es

nicht an. Maßgebend ist allein, daß der überwiegende Teil des deutschen Volkes, darunter auch zahlreiche Katholiken, im Jesuitenorden eine dem Staate und der modernen Entwicklung feindliche und schädliche Organisation erblicken. Wenn dem Zentrum wirklich an der Erhaltung des konfessionellen Friedens gelegen wäre, so würde es auf diese Stimmung Rücksicht nehmen.

Die Folgen der Kampfansage lassen sich noch nicht übersehen: will das Zentrum um jeden Preis und um den ordnungsmäßigen Geschäftsgang zu stören in die Opposition gehen, so dürfte sich daraus manch eine Komplikation für die Regierung ergeben, vor allen Dingen dann, wenn sich für die Partei öfter Gelegenheit bieten sollte, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten — etwa in Armee- und Flottenangelegenheiten — und wenn die Liberalen die augenscheinlich geschwächte Stellung der Regierung nicht gar zu stürmisch ausnutzen wollten, um ihr Verbesserungen auf parlamentarischem Gebiet abzutrotzen. Jedenfalls ist eine Lage geschaffen, die seitens geschickt und furchtlos geführter Parteien im Interesse der Parteien selbst verhältnismäßig leicht genutzt werden könnte. Im einzelnen läßt sich darüber natürlich noch nichts sagen. Machen wir es also zunächst wie Herr von Bethmann und warten wir in aller Ruhe ab, was kommt: auch die Zentrumsuppen brauchen nicht so heiß gegessen zu werden, wie sie gekocht sind, und die Reichsregierung wird sich schließlich auch ohne das Zentrum zurechtfinden, wenn sie sich nur zu einer den gesunden Ansprüchen der Nation gerecht werdenden Politik versteht.

Daß die Reichsregierung ebenso wie die preußische weiß, wo der Schuh drückt, zeigen die vielfachen Gesekzentwürfe auf wirtschaftlichem Gebiete, die dem Reichstage und preußischen Landtage zugegangen sind: so der Wassergesekentwurf, mit dem wir uns in Heft 36 ausführlich beschäftigt haben, der Entwurf zur Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn (Heft 42) und schließlich auch der Entwurf zu einem Petroleummonopol (Heft 43 u. 45), der am Sonnabend im Reichstage in erster Lesung behandelt wurde. Leider geht es mit dem zuletzt genannten Entwurf ebenso, wie es so vielen anderen unter dem jetzigen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten den Parlamenten vorgelegten Entwürfen ergangen ist: die öffentliche Meinung ist nicht genügend und auch nicht rechtzeitig darauf vorbereitet worden. So kommt es, daß der an sich populäre Schritt von den wenigen kapitalistischen Interessenten in Grund und Boden diskreditiert werden konnte, noch ehe das Publikum und die Mehrzahl der Abgeordneten sich eine eigene Meinung bildeten. Dementsprechend war denn auch die Aufnahme des Entwurfs im Reichstage. In diesem Falle mag ja die Unterlassung zu einem guten Ergebnis führen, dazu nämlich, daß die Regierung sich doch schließlich bequemt, ein reines Reichsmonopol für Petroleum zu schaffen; aber das konnte doch auch durch Vermittlung einer von der Regierung klug geleiteten Erörterung in der Presse erreicht werden, ganz abgesehen davon, daß eine solche vorbereitende Erörterung auch den Parlamentariern frühzeitig Gelegenheit gegeben hätte, sich in die Gedankengänge der Regierung zu vertiefen und demgemäß sachlich vor-

bereitet zu sein, wenn der Entwurf selbst erscheint. Der Regierungsentwurf wäre durch solche vorbereitende Erörterung auch nicht schlechter geworden, wie er ist; zum mindesten konnte er von dem Vorwurf, ungenügend begründet zu sein, gerettet werden. Das sozialpolitische Mäntelchen, das man ihm umhängte, brauchte nicht erst von der Kammer geholt zu werden, wenn eine rechtzeitig eingeleitete Presseerörterung gezeigt hätte, daß allein der Hinweis auf die Gefahr des Privatmonopols genügte, um den Gedanken eines Reichs-petroleum-monopols volkstümlich zu gestalten.

Es ist dem Herrn Reichskanzler von Bethmann schon so oft an der Hand einzelner Fälle nahegelegt worden, wie er durch ungenügende Vorbereitung und Bedienung der öffentlichen Meinung die an sich freudig begrüßten Regierungsarbeiten erschwert, — natürlich nicht die Arbeit des einzelnen Vortragenden Rates, denn diese müßte unter dem Feuer der öffentlichen Kritik noch intensiver werden, wie sie schon ist. Bei der heutigen Methode wird zu viel Sisyphusarbeit geleistet, Arbeit, die nur in die Aktenspinde hineinwirkt, nicht ins Publikum. Aber ganz abgesehen davon: die Regierungsautorität ebenso wie die ganz persönliche des Herrn Reichskanzlers muß ohne Zweifel darunter leiden, wenn, wie wir es jetzt erleben, ein so großer Prozentsatz von Entwürfen von vornherein unter den Tisch fällt oder doch derart verändert werden muß, daß von den Ideen der Regierung herzlich wenig übrig bleibt. Langen die gegen-



In allen einschlägigen Geschäften erhältlich, aber ausdrücklich „KLIO“ und „REGINA“ verlangen, wo nicht, direkt von uns. Kataloge gratis und franko.

„Regina“ mit grösseren Goldfedern M. 14.50, M. 19.— und M. 25.— pro Stück.

KLIO-WERK G. m. b. H., HENNEF (Sieg) 141.

Grösste und leistungsfähigste Füllfederhalter-Spezialfabrik des Kontinents.

„Klio“ und „Regina“

Die besten Füllfederhalter und das schönste Weihnachts-Geschenk!

Kein Fehlgriff möglich!

Weil man mit „Klio“ und „Regina“ zu jeder Zeit und an jedem Ort so schreiben kann, wie man es gewöhnt ist.

Weil „Klio“ und „Regina“ in jeder Lage in der Tasche mitgeführt werden kann.

„Klio“ einfache Ausführung M. 3.— pro Stück
feinste „6.—“
mit neuester Selbstfüllvorrichtung M. 2.— pro Stück mehr.

„Regina“ mit feinsten 14 karätiger Goldfeder M. 10.—

wärtig vorhandenen Kräfte bei den einzelnen Ämtern und bei der Reichskanzlei nicht aus, um den durch die Entwicklung bedingten Ansprüchen gerecht zu werden, so müssen diese vermehrt werden. Die vier Herren der Presseabteilung können die Aufgabe selbstverständlich auf die Dauer nicht erfüllen, wenn sie auch zur Amtszeit des Fürsten Bülow Erstaunliches an Aufklärungsarbeit geleistet haben.

Der öffentliche Nachrichtendienst, das Zusammenarbeiten der Regierung mit der öffentlichen Meinung durch Vermittlung der Presse und der Parteien, bedarf dringend der Reform, und der Herr Reichskanzler wird sich zweifellos einen über den Tageserfolg weit hinausgehenden Ruhm erwerben, wenn es ihm gelingen sollte, hier gründlich Abhilfe zu schaffen. G. Cleinow

Verantwortlich: der Herausgeber George Cleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 8630, des Verlags: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.



Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum I. Quartal 1913
erneuern zu wollen. — Bestellungen
nimmt jede Buchhandlung und jede
Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW. 11.